

## Erklärung der Kommission zur Lage der Gemeinschaft (31. Januar 1974)

**Quelle:** Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Januar 1974, n° 1. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Erklärung zur Lage der Gemeinschaft", auteur:Ortoli, Francois-Xavier , p. 5-9.

**Urheberrecht:** (c) Europäische Union, 1995-2013

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_der\\_kommission\\_zur\\_lage\\_der\\_gemeinschaft\\_31\\_januar\\_1974-de-549bc008-510c-461e-99fe-8f314f143451.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_der_kommission_zur_lage_der_gemeinschaft_31_januar_1974-de-549bc008-510c-461e-99fe-8f314f143451.html)

**Publication date:** 20/12/2013

## Erklärung der Kommission zur Lage der Gemeinschaft (31. Januar 1974)

Europa macht eine schwere Belastungsprobe durch. Es steht vor einer neuen Situation, die seine Schwächen und seine Abhängigkeit grell ins Licht rückt, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit seiner Einheit überdeutlich macht. Diese Belastungsprobe trifft Europa inmitten einer Krise: einer Krise des Vertrauens, einer Krise des Willens und einer Krise des klaren Verstandes.

Diese Situation schafft eine solche Gefahr, daß die Kommission sich feierlich an die Staats- bzw. Regierungschefs und über sie an alle Bürger unserer Länder wenden muß, damit unsere Staaten durch ihr Handeln ihre Entscheidung für Europa bekräftigen und in einer wirklich gemeinsamen Aktion die Antwort auf die neue Herausforderung suchen.

Andernfalls würde ein Überleben der Gemeinschaftsroutine nicht den gefährlichsten aller Rückschritte verdecken können. Wenn die europäische Einheit nur in Zeiten des leichten Lebens existiert, kann keines unserer ehrgeizigen Ziele weder kurzfristig noch 1980 erreicht werden.

Europa in der Belastungsprobe müßte das Bild gemeinsamer Entschlossenheit bieten. Seit einigen Wochen haben dagegen Rückschritte oder Mißerfolge Verwirrung gestiftet und Zweifel am Willen der Regierungen, die europäische Sache voranzutreiben, und an der Fähigkeit der Institutionen, ihre Aufgabe zu erfüllen, aufkommen lassen.

So ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung — Symbol der Solidarität — trotz der in Paris und Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen, ihn bis Ende 1973 einzusetzen, noch immer nicht geschaffen, und der nach langem Widerstreben gefaßte Beschluß, den Weg einer gemeinsamen Energiepolitik zu beschreiten, noch immer nicht in die Praxis umgesetzt.

So ist der Übergang zur nächsten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ausgesetzt, während das Ausscheren des französischen Franken aus dem gemeinschaftlichen Währungsverband einen neuen Rückschritt gegenüber dem 1972 erreichten Punkt bedeutet.

So hat die Gemeinschaft bisher noch nicht ihre Haltung nach außen in einigen wichtigen Verhandlungen — so in den Verhandlungen mit den Ländern des Mittelmeerraums — festlegen können.

In seinen Beratungen stolpert der Rat zu häufig über Detailfragen oder verstrickt sich in unendliche Diskussionen hierüber, so daß er nur mühsam oder überhaupt nicht bis zu dem Punkt kommt, wo der gemeinsame Wille den Beschluß mitreißt. Mitunter kommt die Einigung nur auf schmälster Basis zustande und räumt nicht alle Bedenken oder Hintergedanken aus. Das Bild der Gemeinschaft hat darunter stark gelitten.

Niemand bestreitet, daß Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich sind, daß auf bestimmten Gebieten Fortschritte erzielt worden sind, daß schließlich jede Haltung ihre Rechtfertigung und jeder Mißerfolg seine Erklärung hat. Die Summe dieser Rückschläge aber läßt keinen Zweifel zu.

Es kommt der Augenblick, wo die Politik gegen das Interesse unserer Staaten und gegen das Interesse einer Welt, die die Präsenz Europas benötigt, in nationale Kategorien zurückfällt.

Die derzeitige Lage Europas kann nur eine Ursache haben: einen — selbst unbewußten Zweifel an dem Stellenwert, der dem europäischen Aufbauwerk als Mittel, um heute und morgen die Schwierigkeiten zu meistern und die Zukunft unserer Völker zu sichern, zu geben ist.

Diesen Zweifel gilt es zu beseitigen. Ohne darauf zu verzichten, eine auf die Besonderheiten und Probleme jedes Landes zugeschnittene Politik im nationalen Rahmen fortzuführen, und ohne die Bürger im unklaren über die von ihnen erwarteten Anstrengungen zu lassen, von denen sie ein gemeinsames europäisches Handeln nicht entbindet, müssen die Verantwortungsträger heute sich selbst und jenen, deren Geschicke sie leiten, zwei Fragen klar beantworten:

— Kann die Konjunktur- und Währungspolitik unserer Staaten einander gleichgültig oder gar auseinanderstrebend sein, oder verlangen der bereits erreichte Grad der wirtschaftlichen Solidarität und die Identität unserer Probleme gegenüber der Außenwelt eine weitreichende Harmonisierung der Ziele und der Politik?

— Gibt es bei der in Gang befindlichen Neugestaltung der internationalen Beziehungen, deren Ergebnisse für uns alle entscheidend sein werden, einen europäischen Staat, der allein einen echten Einfluß ausüben und ein Gewicht ähnlich dem eines einigen Europas in die Waagschale werfen könnte?

Der Augenblick ist gekommen, um klar zu sagen, ob unsere Völker ihre Solidarität stärken wollen oder nicht, ob sie geeint oder jedes für sich auf die großen internen und externen Herausforderungen antworten wollen, vor die jedes von ihnen gestellt ist.

Hierbei handelt es sich nicht um Fragen, auf die bereits eine Antwort erteilt wurde. Europa entwickelt sich nicht zwangsläufig und wird nicht entstehen, wenn man seine Entstehung nicht will.

Ebensowenig handelt es sich um Fragen, die man anders als durch Taten beantworten kann. Nur Taten können dem bereits begonnenen gefährlichen Prozeß Einhalt gebieten.

Der Umsturz der wirtschaftlichen Gegebenheiten, der von Dauer ist, zwingt alle Staaten, eine neue Strategie zu beschließen und eine neue Politik festzulegen. Es liegt im Interesse der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und ist ihre Pflicht, gemeinsam darüber nachzudenken und eine gemeinsame Haltung einzunehmen.

Sie stehen vor den gleichen, übrigens miteinander verknüpften Problemen:

— Wie soll die Belastung der Zahlungsbilanz durch die gestiegenen Kosten der Energie- und Rohstoffversorgung finanziert werden? Dieses Problem ist für alle europäischen Staaten trotz der beträchtlichen Unterschiede in der Höhe ihrer Devisenreserven in gleicher Weise entscheidend.

— Wie kann vermieden werden, daß die zur Behebung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten getroffenen Maßnahmen das Wachstum und die Beschäftigung ernstlich beeinträchtigen oder die bisherigen Bemühungen um größere soziale Gerechtigkeit in Frage stellen?

— Wie kann man kurzfristig die zur Entwicklung unserer Länder benötigte zusätzliche Energie erhalten? Wie kann man die Energiequellen unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit diversifizieren, um den Grad unserer Unabhängigkeit zu erhöhen?

Es bestehen also gleichartige Schwierigkeiten, übereinstimmende Ziele und auch eine starke Verflechtung, die zur Folge hat, daß ohne gemeinsame Reaktionen sehr ernsthafte Gefahren auftreten würden.

Diese Verflechtung beeinflusst die Auswirkungen einer rein nationalen Politik, stört sie sogar und setzt ihr enge Grenzen. Jedes einzelne unserer Länder handelt für alle gemeinsam, ob es dies will oder nicht. Es erzwingt oder erleidet Entwicklungen, die Einzelaktionen eine unbestimmte und für den Urheber Ungewisse Tragweite geben, die aber für die anderen Länder eine Gefahr hervorrufen können. Am Ende steht dann die Vergeltungsmaßnahme. Um diesen Zwängen zu gehorchen, ist eine Konvergenz der Politiken unerlässlich. In einigen Fällen ist sogar ein gemeinsames Vorgehen geboten.

\*

*Eine Konvergenz der Politiken herzustellen*, bedeutet die Anwendung der gleichen wirtschaftlichen Strategie:

— Harmonisierte und aufeinander abgestimmte Wirtschafts- und Währungspolitiken ohne wettbewerbsbedingte Minderbewertung der Währungen und ohne restriktive handelspolitische Maßnahmen. Diese Spielregel muß unter uns gelten, andernfalls würden die unmittelbaren Gewinne einer eigenmächtigen Aktion rasch vergessen sein, und der Mechanismus des Gemeinsamen Marktes würde zerbrechen.

Diese Spielregel kann nicht allein für Europa gelten. Die Auswirkungen der Politik großer Wirtschaftseinheiten gehen über ihre Grenzen hinaus. Wir müssen uns mit denjenigen, die gleichartigen Schwierigkeiten gegenüberstehen, um eine im gemeinsamen Interesse liegende Konzertierung bemühen.

— Festsetzung allgemeiner Leitlinien mit dem Ziel, den höchstmöglichen Tätigkeits- und Beschäftigungsstand aufrechtzuerhalten. Diese Leitlinien schaffen einen gemeinsamen Rahmen und eine gemeinsame Disziplin für die einzelstaatlichen Maßnahmen im eigentlichen Sinne. Die Bedeutung der Veränderungen und die Sorge um die Zukunft, die jeder einzelne empfindet, werden dazu zwingen, hier die Mitsprache zu verwirklichen, die wir zur Regel erheben wollen.

— Schaffung der Mittel, um ständig eine dieser Definition entsprechende Politik zu verfolgen. Dies schließt ständige Konsultationen auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Währung ein, vor allem aber vor jeder einschneidenden Aktion.

Um es deutlich zu sagen: Für eine gemeinschaftliche Strategie können Konsultationen zum Schein nicht genügen.

Die Erörterungen müssen beginnen, der Dialog muß eingeleitet werden, das Gemeinschaftsinteresse berücksichtigt werden, und die einmal akzeptierten Regeln müssen voll zum Zuge kommen können.

\*

*Das gemeinsame Vorgehen ist zu beschließen*, wenn es Erfolgsvoraussetzung ist. Dies ist in drei Bereichen eindeutig der Fall:

— Innerhalb der Gemeinschaft dürfen uns die Schwierigkeiten mit der Währungsunion nicht davon abhalten, überall dort, wo es möglich ist, Fortschritte zu erzielen. Damit kann gezeigt werden, daß unsere Entschlossenheit nicht beeinträchtigt ist, und damit kann die Rückkehr zu einer für alle geltenden Gemeinschaftsdisziplin vorbereitet werden. Dies kann nur durch uns eng aneinander bindende Maßnahmen geschehen, durch ein verstärktes innergemeinschaftliches Kreditsystem, durch eine Lösung der Preisprobleme, die infolge der Goldübertragung zwischen Währungsbehörden auftreten, durch die Schaffung einer europäischen Rechnungseinheit mit erweiterten Funktionen und durch erste Beschlüsse über die Vergemeinschaftung der Reserven.

— Die Energiepolitik muß eine gemeinsame Politik werden. Der geregelte Markt ist ein Markt, der von denselben Regeln beherrscht wird: Kontrolle des Gemeinsamen Marktes, Überwachung und Harmonisierung der Preise, konzertierte Energieeinsparungen, gemeinsames Forschungsprogramm.

— In den Außenbeziehungen wird die kommende Zeit durch eine tiefgreifende Neuregelung der internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen gekennzeichnet sein. Eine stabile, sichere Energieversorgung zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen wird von vielfachen internationalen Verhandlungen abhängen. Nur wenn Europa als Einheit auftritt, wird es stark genug sein, um die Interessen seiner Völker in dieser umfassenden Konfrontation zu verteidigen. Nur Europa wird in der Lage sein, in vollem Umfang zu den Anstrengungen beizutragen, die zu unternehmen sind, um den Entwicklungsländern bei der Bewältigung ihrer ernststen Probleme, die infolge der neuen Lage auftreten, zu helfen.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß die Fragen im Zusammenhang mit den internationalen Währungsbeziehungen, die in erster Linie das schwerwiegende Problem der Zahlungsbilanzen berühren, als Gemeinschaftsangelegenheiten behandelt werden und daß Europa in diesen Verhandlungen mit einer Stimme spricht.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß die externen Probleme der Energiekrise sowohl in der Konzertierung mit den Verbraucherländern als auch in den Beziehungen zu den Erzeugerländern als gemeinschaftliche Probleme behandelt werden.

Schon morgen wird die Washingtoner Energiekonferenz der Prüfstein für den gemeinschaftlichen Willen in diesem Bereich sein. In bilateraler Hinsicht ist es das einzige Europa, das den Energieerzeugerländern der nützlichste und leistungsfähigste Partner für eine organisierte Zusammenarbeit sein kann. Allgemeiner gesprochen: Wenn wir uns nicht auseinanderdividieren wollen, müssen sich alle Kooperationsmaßnahmen in einen Gemeinschaftsrahmen einfügen.

\*

Um die zunehmenden Aufgaben und die neue Verantwortung infolge der derzeitigen Lage zu bewältigen, müssen vorrangig die in den letzten Monaten festgestellten Unzulänglichkeiten korrigiert werden. Es handelt sich vor allem darum, die bereits festgesetzten Termine einzuhalten, wie den Termin des Beschlusses über die Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments, der Ende März abläuft. Es geht auch darum, daß der Rat mit Entschlossenheit die Arbeiten zur Verbesserung seiner Funktionsweise fortsetzt.

\*

Die Wiederbelebung Europas erfordert daher einen dauerhaften Wandel im Verhalten der Mitgliedstaaten, eine neue, entschlossenere Haltung, die stärker den Platz der Europapolitik in der Zukunft unserer Völker betont und so innerhalb und außerhalb unserer Grenzen verstanden wird.

Dies reicht nicht aus. Der Einigungsgrad, den Europa braucht, verlangt nach Organen, die ohne Verzögerung und kontinuierlich eine echte Politik betreiben können. So gesehen, stoßen die derzeitigen Institutionen an ihre Grenzen. Die unerläßlichen Verbesserungen werden nur ein wirksameres Funktionieren ermöglichen, bis das Ziel erreicht ist, das sich unsere neun Länder bereits gesetzt haben, die Schaffung einer Europäischen Union.

Die Kommission appelliert an alle Europäer, sich den von ihr vorgeschlagenen gemeinsamen Zielsetzungen anzuschließen, damit die Gemeinschaft wieder aktionsfähig wird.